

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.), Tel. (071) 7 31 60. Verwaltung: Vaduz, Tel. (075) 2 21 43. Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988



Organ für amtliche Rundmachungen

Anzeigenpreise: die 1spalt. mm-Zelle Anzeigen Reklame
 Inland 8 Rp. 21 Rp.
 Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.
 Ubrige Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
 Ausland 13 Rp. 29 Rp.

Anzeigenannahme für das Inland:
 Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43
 Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
 Schweizer Annoncen A.-G.
 St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Eisenhower in Indien

Triumphaler Empfang des amerikanischen Präsidenten in New Delhi

Präsident Eisenhower ist nach seinem Absteiger nach der Hauptstadt des Afghanistans am Mittwoch in New Delhi eingetroffen. Hier wurde ihm von einer an die zwei Millionen Menschen zählenden Menge ein überwältigender Empfang zuteil. Mit Anspielung auf den seinerzeitigen Empfang für Chruschtschew und Bulganin erklärte ein indischer Radioberichter, seit dem ersten indischen Unabhängigkeitstag keine solche Begeisterung mehr miterlebt zu haben.

Nehru verwies in seiner Begrüßungsrede auf die feste indisch-amerikanische Freundschaft und äußerte den Wunsch, der amerikanische Präsident möge sich von den sozialen und wirtschaftlichen Anstrengungen Indiens überzeugen. Eisenhower verwies seinerseits auf den gemeinsamen Friedenswunsch.

Der Präsident wird nicht weniger als fünf Tage in Indien weilen. Damit ist für alle Welt die Bedeutung offenbar geworden, welche die führende Macht des Westens Indien zuerkennt. Die Jahre sind vorüber, da nur Mißtrauen und Feindseligkeit Washingtons Haltung gegenüber dem indischen Versuch kennzeichneten, die wirtschaftliche und politische Verselbständigung außerhalb der Blockpolitik zu versuchen. So geht es jetzt primär nicht einmal um die Abwehr der militärischen Gefahr Chinas, sondern um die Unterstützung des gigantischen Aufbaues, welches Indien für sich und zum Vorbild für das übrige Asien mit freiheitlichen Methoden vollführen will. Es gehört mit zu Eisenhowers Besuch, wenn gleichzeitig sein Unterstaatssekretär Dillon in Westeuropa den neuen amerikanischen Plan einer gemeinsamen Großanleihe für die Entwicklungspläne der wirtschaftlich Zurückgebliebenen unterbreitet. Der begeisterte Empfang, der dem amerikanischen Präsidenten von enormen Massen zuteil wurde — sogar in Kabul waren doppelt soviel Menschen anwesend als die Stadt Einwohner zählt

— zeigt, daß es noch nicht zu spät ist, das Verhältnis des Westens mit dem neutralen Asien zu sanieren und von Mißverständnissen zu befreien.

Vertrauensvotum für Nehru im Oberhaus

Premierminister Nehru hat kurz vor Eisenhowers Eintreffen vom Oberhaus des Parlamentes eine ebenso einhellige Billigung seiner Außen- und Chinapolitik erfahren wie vor zwei Wochen im Unterhaus. Er führte im Verlaufe seiner Regierungserklärung aus, das Schwerkraft der Weltpolitik verlege sich von Europa nach Asien und konzentriere sich immer mehr auf die Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Chruschtschew sprach in Lemberg

Nach Mitteilung der sowjetischen Nachrichtenagentur «Tass» ist der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschew am Mittwoch in Lemberg in der Ukraine eingetroffen. Der Regierungschef befindet sich gegenwärtig auf seiner Rückreise nach Moskau, nachdem er in Budapest dem Kongreß der ungarischen Kommunisten beigewohnt hatte. Gestern hielt er von den Arbeitern einer Automobilfabrik in Lemberg eine Rede, wobei er erklärte, er sei überzeugt, daß der Frieden auf der Welt gesichert werde.

Wörtlich führte der Kremführer aus: «Ich bin überzeugt, daß alle Bewohner dieser Erde den Frieden wollen. Dies ist offensichtlich. Eine andere Tatsache ist, daß es heute eine eindringliche Stärke des sozialistischen Lagers gibt. Unsere Feinde, welche die Errichtung des Sozialismus in unserem Lande ignorieren wollten, können dies nicht mehr tun. Ich bin der Meinung, daß die vollständige Möglichkeit besteht, zu einer Lage zu gelangen, welche einen festen Frieden sichert und den Krieg im Leben der Völker ausschließt.»

Die Ungarndebatte ist abgeschlossen

Die UNO-Vollversammlung setzte am Mittwoch ihre Ungarndebatte fort. Der bulgarische Delegierte zeigte, wie sehr die amerikanische Klage wegen der anhaltenden Rachejustiz stach; er vermochte lediglich von Verleumdungen zu sprechen und den Westen reaktionärer gegenrevolutionärer Einmischungsversuche zu zeihen.

Die von der UNO-Generalversammlung angenommene Ungarn-Resolution hat folgenden Wortlaut:

Nach der Prüfung des Berichtes des Sonderbeauftragten der Vereinigten Nationen für die ungarische Frage, Sir Leslie Munroe, den die Generalversammlung durch ihre Entschließung Nr. 1312 beauftragt hat, den Mitgliedstaaten oder der Generalversammlung über die bedeutenden Tatsachen bezüglich der Anwendung der Resolution der Versammlung zur Ungarn-Frage Rechenschaft abzulegen, kommt die Versammlung zu folgenden Folgerungen:

1. Sie bedauert es, daß die Sowjetunion und das gegenwärtige ungarische Regime fortfahren, die Entschlüsse der Generalversammlung hinsichtlich der Lage in Ungarn nicht zu beachten.
2. Sie appelliert an die Sowjetunion und an die gegenwärtigen ungarischen Behörden, mit dem Vertreter der UNO für die Ungarnfrage zusammenzuarbeiten.
3. Sie ersucht den UNO-Vertreter, seine Anstrengungen fortzusetzen.

Gegen die Resolution stimmten: Albanien, Bulgarien, Weißrußland, die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien, die Ukraine, die Sowjetunion und Jugoslawien.

Der Stimme enthielten sich: Afghanistan, Cey-

lon, Aethiopien, Finnland, Ghana, Guinea, Indien, Indonesien, Irak, Israel, Jordanien, Libanon, Lybien, Saudiarabien, der Sudan, die VAR und Yemen.

Von Tag zu Tag

Wilde Stammeskämpfe in Belgisch-Kongo

Nach dreitägigen Unruhen in Luluabourg wurde am Dienstag über diese kongolische Stadt ein Ausnahmezustand verhängt. Laut Berichten, die in Brüssel eingetroffen sind, wurden 15 Personen getötet, darunter eine Frau und zwei Kinder, während sich die Zahl der Verletzten auf 25 belaufen soll.

Mit Hilfe von Tränengas zerstreuten Einheiten der belgischen Kolonialarmee in den von Afrikanern bewohnten Stadtgebieten mehrere Gruppen bewaffneter Eingeborenen. Die blutige Fehde zwischen Angehörigen der Balubas und der Lulusas hatte am Samstag erneut begonnen, nachdem es schon früher zu Auseinandersetzungen gekommen war. Trotz eines in der Nacht auf den Dienstag erlassenen Ausgangsverbotes nahmen in der Folge die Kämpfe an Heftigkeit zu, wobei sich die Gegner mit Speeren und Buschmessern aufeinander gestürzt haben sollen.

«Starfighters» für Westdeutschland

Der Verteidigungsausschuß des westdeutschen Parlaments stimmte am Mittwoch für die Anschaffung von Atom-tragenden «unbemannten Flugkörpern», sowie von weiter 364 «Starfighter» Düsenjägern für die Luftwaffe. Die Kosten für die Flugkörper sollen sich auf 480 Millionen Mark stellen und die neuen Starfighter 2,5 Mill. Mark kosten. Von den insgesamt

364 Starfighter-Jägern sollen etwa zwei Drittel in Westdeutschland in Lizenz gebaut werden.

Streik der italienischen Typographen

Am Mittwochabend um 18 Uhr begann in ganz Italien der 24stündige Streik der Typographen und Fernschreiberoperatoren der Zeitungen und Presseagenturen. Dies hat zur Folge, daß heute keine italienischen Zeitungen erscheinen werden.

Versorgungsschwierigkeiten in Warschau

Die Versorgung der polnischen Hauptstadt mit Wasser und elektrischer Energie wird immer schwieriger. Durch die Kälte und die Schneestürme wurden zahlreiche Leitungen unterbrochen und Wasserleitungen beschädigt. Einige Quartiere Warschaws sind ohne Wasser und in anderen ist der Wasserverbrauch um dreißig Prozent eingeschränkt worden.

Furchtbares Elend in Algerien

«Dieser Tage hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Algerien eine neue Mission abgeschlossen, die sich vom 15. Oktober bis zum 27. November erstreckt hat.

Im Laufe dieser Mission haben seine Vertreter 82 Haftstätten besichtigt, darunter 44 Aussonderungs- und Durchgangszentren, 12 Gefängnisse, 13 Aufnahmelager, 10 Militär-Internierungslager und 3 Hospitäler mit verwundeten Gefangenen. Sie haben sich ohne Zeugen mit nahezu 1000 Gefangenen unterhalten und Spenden im Werte von 30 000 Schweizer Franken verteilen können.

Im Anschluß an diese Besichtigungen haben die IKRK-Vertreter bei den obersten Zivil- und Militärbehörden in Algerien Schritte unternommen und ihnen ihre Feststellungen und Vorschläge dargelegt.»

Hinter diesen geschäftsmäßigen Worten verbirgt sich eine grauenhafte Wirklichkeit. Die französische protestantische Wochenzeitung «Réforme» hat soeben festgestellt, daß sich in den 1300 Lagern Algeriens (so viele gibt es nicht einmal in Sibirien!) rund 1,2 Millionen Insassen befinden, die langsam dem Hungertod entgegengehen. In zahlreichen dieser Lager besteht nach den Angaben der französischen Zeitschrift die tägliche Nahrungsmittelration nur auf 700 Kalorien. In einigen Lagern nähren sich die Gefangenen bloß von Eichel. Nach Ansicht der Zeitschrift sind 40 bis 50 Prozent der Lagerinsassen vom Hungertod bedroht, und von den Kindern, die sehr zahlreich sind, beinahe alle.

Es ist also keineswegs zu früh, wenn das IKRK Ende 1959 endlich den zuständigen französischen Behörden in Algier «Vorschläge» u. «Feststellungen» unterbreitet! Man gewinnt sogar den Eindruck, die vom IKRK sorgfältig gepflegte Diplomatie der Diskretion sei schon längst nicht mehr am Platz.

Abflug de Gaulles nach Westafrika

Paris, 10. Dez. ag. (Reuter) General de Gaulle ist Mittwoch nacht nach Saint Louis in der westafrikanischen Republik Senegal abgeflogen, wo er am Freitag und Samstag den Vorsitz an einer Zusammenkunft des Exekutivrates der französischen Communaute führen wird.

Frankreich: Ablehnung eines Budgets

Paris, 10. Dez. ag. (AFP) Am Mittwochabend lehnte der französische Senat mit 274 Stimmen ohne Gegenstimme den Budgetentwurf betreffend die ehemaligen Frontkämpfer ab, weil im Entwurf der Regierung nicht die vollständige Wiederausrüstung der bescheidenen Pension von 15 000 Francs pro Jahr an die Kriegsveteranen von einem gewissen Alter an vorgesehen ist.

UNO: UdSSR verlangt außerordentliche Session

New York, 10. Dez. ag. (AFP) Die Sowjetunion verlangte am Mittwoch die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung der Vereinigten Nationen auf den 28. April 1960, damit die Frage der Zusammensetzung des Treuhandschaftsrates geregelt werden könne.

Einweihung des «Swifair»-Gebäudes auf dem New Yorker Flughafen

New York, 9. Dez. ag. (Reuter) Am Mittwoch wurde auf dem New Yorker Flughafen Idlewild vom schweizerischen Botschafter in Washington, de Torrente, das neue Gebäude der «Swifair» eingeweiht.

Streit um die konfessionellen Schulen in Frankreich

kl. Präsident de Gaulle hat Paris am Mittwochabend in Richtung St. Louis du Sénégal verlassen, wo die sechste Tagung des Rates der Communauté abgehalten wird. Vor seiner Abreise hat sich der Staatschef am Dienstagabend an einer letzten Ministerratssitzung mit der Schulfrage befaßt, ohne jedoch eine Einigung unter den Mitgliedern der Regierung zustande zu bringen. Mehrere Minister werden ebenfalls nach Westafrika fliegen, so daß vor dem 14. Dezember keine neuen Beschlüsse gefaßt werden. Einstweilen hat daher Michel Debré am Mittwoch die Fraktionsführer der Regierungsparteien zu sich gebeten, um sie über den Lauf der Dinge zu informieren: Die Schulfrage, d. h. die umstrittene Angelegenheit der staatlichen Hilfe an die konfessionellen Schulen soll noch vor Weihnachten der Nationalversammlung unterbreitet werden.

Die Schulfrage hat weit größere Proportionen angenommen als man vor einem Jahr vermutet hatte. De Gaulle hätte damals nämlich freie Hand gehabt, um die leidenschaftlich umstrittene Angelegenheit auf dem Verordnungswege und ohne Parlament zu lösen. Wenn er es nicht gefaßt hat, so, weil er der Ueberzeugung ist, eine Lösung dieser Frage müsse unter der größtmöglichen Anzahl von Politikern und Persönlichkeiten des kirchlichen und öffentlichen Lebens gefunden werden, wenn sie das Land nicht in einen neuen Kulturkampf stürzen sollen.

Der Kampf hat sich bisher teils in der Regierung zwischen den laizistischen und den «klerikalen» Ministern, teils aber bereits auf der Straße abgewickelt, wo in den vergangenen zwei Wochen wiederholt große Massenveranstaltungen gegen die staatliche Unterstützung der kirchlichen Schulen stattgefunden haben.

Der Konflikt besteht in Frankreich seit der Einführung der Schulpflicht und der staatlichen Schulen im Jahre 1880. Einerseits stellt sich heute ein praktisches Problem, andererseits ein grundsätzliches: 1. Die vorhandenen Staatsschulen sind nicht in der Lage, alle Schulkinder zu unterrichten, weil es ihnen dafür sowohl am Lehrpersonal als auch an Räumlichkeiten gebricht. Etwa 20% der Kinder werden in den vornehmlich konfessionellen Privatschulen unterwiesen (in den Mittelschulen sind es über 40%), die außer kleinen Staatssubventionen auf die eigenen Mittel angewiesen sind. 2. Soll nun zugelassen werden, daß der laut Verfassung laizistische Staat durch die Übernahme der Lehrerbildungen in den Privatschulen materiell zur Verbreitung des katholischen Glaubensgutes beiträgt und zwar in einem Land, das nur milderheitlich praktizierend katholisch ist? Das ist die grundsätzliche Frage, die die Laizisten und selbst der christliche Lehrverband in dieser Form negativ beantworten.

Aus den verschiedenen Lösungen, die der Regierung von der Fachkommission vorgeschlagen wurden, haben die Minister einen hinkenden Kompromiß gemacht: Die Regierung kann die Lehrerbildungen von Privatschulen übernehmen, jedoch nur für die Dauer von 10 oder 12 Jahren. Nachher müssen diese Schulen entweder selbständig werden oder schärfere staatliche Aufsicht anerkennen. — Dieses Prinzip soll nun von der Regierung in ein Rahmengesetz zusammengefaßt werden und auf Grund dieses vom Parlament gutgeheißenen Rahmengesetzes sollen dann die weiteren Beschlüsse auf dem Verordnungsweg gefaßt werden. Obwohl hierüber ein harter Kampf in der Nationalversammlung stattfinden dürfte, scheint Premierminister Debré einmal mehr einer komfortablen Mehrheit gewiß zu sein. Es besteht aber die Gefahr, daß bei Neuwahlen in drei Jahren die im Volk vorhandene antiklerikale Strömung wieder offen zu Tage tritt und die kulturkämpferische Auseinandersetzung mit neuer Leidenschaft entfacht wird.